

# Löhner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 60.

Stadtblatt für Lahn und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönau Nr. 10

Druck und Verlag von Franz Beuchel, Schönau (Rappach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rappach).  
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Rappach).

**Die Ausgabe**  
ersolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,50 M., monatl. 50 Pf. frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,65 M., mit Abtrag 1,80 M.

**Ämtliche Zeitung**  
für die Veröffentlichungen der städt. Behörden und des Amtsgerichts.

**Anzeigenpreis**  
1spaltige Grundzeile oder deren Raum 15 Pf., für ausw. Anzeigen 20 Pf., Textzeile 40 Pf. Bei gerichtl. Beitreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 10 Uhr.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 21.

Lahn, Donnerstag, den 20. Februar 1919.

16. Jahrg.

## Erzberger über das neue Waffenstillstandsabkommen.

In der Deutschen Nationalversammlung zu Weimar verbreitete sich Reichsminister Erzberger über die Bedingungen des neuabgeschlossenen Waffenstillstandes. Er führte aus: Ich wünsche den einzelnen Mitgliedern dieses Hauses nicht, daß sie in ihrem Leben die schweren Stunden durchkosten müßten, wie es mir in Trier beschieden war. Eine große technische Schwierigkeit stellte sich dadurch in den Weg, daß die Befehle, die von mir alsbald am Freitag abend abgegeben worden sind, auf bis jetzt unerklärliche Weise bis Sonnabend nachmittag nicht in den Händen der Regierung in Weimar und Berlin gewesen sind. Ich verlangte infolgedessen von Marschall Foch eine Fristverlängerung von 24 Stunden. Diese Fristverlängerung wurde abgelehnt mit dem Befehl, wenn bis Sonntag abend sechs Uhr der Waffenstillstand nicht verlängert sei, er (Foch) sofort seine Befehle an seine Truppen geben würde, und der ganze Waffenstillstand am Montag vormittag fünf Uhr sein Ende erreichen würde. Gleichzeitig ließ er uns wissen, daß er nicht in der Lage sei, irgend etwas an den mir mitgeteilten Abmachungen zu ändern oder sie zu verbreitern, denn die Bedingungen seien festgesetzt von den Chefs der alliierten und assoziierten Regierungen. Sein Dolmetscheroffizier teilte mit, daß auch Präsident Wilson ausdrücklich diese Bedingungen genehmigt habe. (Große Bewegung) Dadurch war dem Tätigkeitsraum der Kommission eine enge Grenze gezogen. Trotzdem haben wir versucht, eine Reihe von Änderungen durchzusetzen. Zuerst sollten wir sogar ganz Oberschlesien räumen. Ich erklärte sofort, daß dann nicht verhandelt werden könne, denn diese Gebiete seien garnicht von den Polen besetzt. Schließlich wurde dieses Gebiet und der Neke-Distrikt bei Bromberg nicht einbezogen. Mehr war nicht zu erreichen. Die Freilassung der Stadt Birnbaum und ebenso Wetzlar wurde abgelehnt. Wir haben nur erreicht, daß der Bahnhof Wetzlar von unseren Truppen nicht geräumt werden muß. Die Alliierten haben sich verpflichtet, daß auch die Polen sich an die verabredete Linie halten. Alle Bemühungen, Bestimmungen zum Schutze der Deutschen in diesen Gebieten festzusetzen, waren erfolglos. Foch hat nur versprochen, in diesem Sinne bei der Alliiertenkonferenz zu wirken. Er erklärte, das Abkommen sei eine militärische Maßnahme, die keinerlei politische Folgewirkungen haben könne. Durch die Abgrenzung dieser Gebiete soll in dem 13. Punkt des Wilsonschen Programms nichts vorgegriffen werden. Auch die Polen haben jede Offenfibewegung einzustellen.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes gilt nur für eine unbefristete kurze Zeitdauer. Ein Antrag, das Wort „kurze“ zu streichen, wurde abgelehnt. Auf die Frage, ob der Ausdruck gewählt sei, weil man hoffe, in kurzer Frist zu einem Präliminarfrieden zu kommen, antwortete Foch:

Ich vermute es! In Paris wird in diesen Tagen über die Frage eines Vorfriedens verhandelt. In Spa hatten sich in letzter Zeit die Verhandlungen so zuspitzt, daß die Alliierten für sich das alleinige Recht verlangten, die Verträge auszulegen. Auf meine Veranlassung fand eine längere Aussprache darüber statt, und es wurde uns Gleichberechtigung zugestanden. Ich vertraue, daß Marschall Foch sein Wort loyal halten wird. Als er erklärte, daß er nicht in der Lage sei, wesentliche Änderungen an dem Entwurf zu vollziehen, habe ich ihm erwidert, daß wir sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen fordern und habe eine Note überreicht. Leider ist es nicht gelungen, irgend welche endgültige Zusage zu erhalten. (Bewegung.)

Foch erklärte nur, daß 4000 kranke deutsche Gefangene entlassen werden sollen. (Ausrufe.) Ich erwiderte, daß diese Antwort in Deutschland tiefe Trauer und berechtigzte Entrüstung hervorrufen würde, wenn von 800 000 Gefangenen ganze 4000 zurückgegeben werden. (Allseitige Zustimmung.) Die Alliierten drängten zum Abschluß des Abkommens. Die Regierung forderte mich zur Unterzeichnung auf, beauftragte mich aber, vorher eine Erklärung abzugeben, die bereits veröffentlicht ist. Sie wurde von Foch angenommen, ist also ein Teil des Waffenstillstandsabkommens. Das ist die wenig erfreuliche traurige Botschaft, die ich aus Trier mitzubringen habe. Die Welt weiß, daß Deutschland einen neuen Krieg nicht führen will und kann. Wenn man uns auch wehrlos machen kann, ehelos darf man uns nicht machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Haus vertagte sich darauf.

## Neue Vergewaltigungsbedingungen.

Nach Aeußerungen des Marschalls Foch aus Trier wird, nach verschiedenen Blättermeldungen, unter seinem Vorsitz eine Kommission von 8 Mitgliedern den endgültigen Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland ausarbeiten. Der Vertrag werde, so wird berichtet, bis Ende der Woche fertiggestellt sein. Die neuen Bedingungen würden den Bestand des deutschen Heeres und den Umfang der zulässigen Rüstungen an Waffen und Munition festlegen. Ferner werde den deutschen Armeekorps die Lage der Garnisonen genau vorgeschrieben werden.

## Die Zerstörung der deutschen Seemacht.

Es ist so gut wie sicher, daß die endgültigen Friedensbedingungen betreffend der deutschen Flotte folgende Punkte umfassen werden: Zerstörung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungen am Kieler Kanal, sowie Öffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man werde Deutschland nur eine Flotte belassen, die für Verteidigungszwecke genügt.

## Französische Forderungen wegen des linken Rheinufer.

Nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ machte Marschall Foch im interalliierten Kriegsrat folgenden Vorschlag: Der Rhein wird die militärische Grenze Deutschlands, aber nicht seine politische. Frankreich verlangt keine Kontrolle über das linksrheinische deutsche Gebiet, fordert, daß dort von Deutschland keinerlei militärische Anlagen, Munitionsfabriken, Waffenlager, Festungen oder Forts beibehalten werden dürfen und daß keine Aushebungen in diesem Gebiete vorgenommen werden dürfen.



## Von der Berner Sozialisten-Konferenz.

Hervorragende Kongreßteilnehmer begeben sich zu einer Sitzung. (1) Branting (Schweden), (2) der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner,

(3) Abg. Grumbach (Elsaß-Lothringen), Rechts im Oval Friedrich Adler (Wien) im Gespräch mit Frau Kautsky (Deutschland).